

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Eine Chance für die deutsche Entwicklungspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1969) : Eine Chance für die deutsche Entwicklungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 8, pp. 419-420

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133997>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eine Chance für die deutsche Entwicklungspolitik

Dem deutschen Bürger wird die wirtschaftliche Macht seiner Bundesrepublik stets aufs neue demonstriert. Wie ein Phönix aus der Asche stieg der Rumpfstaat in der Nachkriegszeit zu bisher nie gekanntem Wohlstand empor. Prunkstück deutscher Tüchtigkeit wurde der Export. Seit Jahren hält die Bundesrepublik hier den zweiten Platz in der Welt. Jetzt steht sie auch in der Entwicklungshilfe auf dem zweiten Platz unter den Geberländern – vor Frankreich, Japan und Großbritannien. Nach Angaben des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) entsprachen die Hilfsleistungen in Höhe von 1,6 Mrd. \$ einem Anteil von 1,24 % am Brutto-sozialprodukt. Sie lagen damit erheblich über der in New Delhi aufgestellten Forderung der Entwicklungsländer. Gemessen an dieser relativen Leistung rangiert die Bundesrepublik sogar noch vor den Vereinigten Staaten. Nur Portugal und die Schweiz gaben einen höheren Anteil ihres Sozialprodukts für die Dritte Welt. Eine erfreuliche Bilanz also für unsere Entwicklungspolitik?

Offensichtlich nicht ganz. Denn der Chor der Lobeshymnen – die leider fast ausschließlich von den deutschen Entwicklungsorganisationen selbst angestimmt werden – vermag die zahlreichen Stimmen besorgter Kritiker nicht zu übertönen, die sich mit vielen alten und einigen neuen Argumenten Gehör zu verschaffen suchen. Sie verweisen allgemein darauf, daß die von den Entwicklungsländern geforderte Ein-Prozent-Klausel völlig willkürlich gewählt sei und über die entwicklungspolitische Effizienz der Leistungen absolut nichts aussage. Außerdem sei der Begriff „Hilfe“ viel zu weit gefaßt. Solange z. B. militärische Lieferungen oder ähnliche Leistungen zur Sicherung politischer Systeme in ehemaligen oder noch existierenden Kolonien als Entwicklungshilfe deklariert würden, ergäbe sich ein völlig schiefes Bild.

So richtig diese Argumente ohne Zweifel sind, so wenig Bedeutung haben sie doch für die Bundesrepublik und die von ihr betriebene Entwicklungspolitik. Härter trifft ein anderer Vorwurf: Die Hilfe umfaßt auch die üblichen privaten und rein geschäftlichen Transaktionen mit Unternehmen in Entwicklungsländern. Denn sogleich wird in diesem Zusammenhang vermerkt, daß die deutsche Entwicklungshilfe nur deshalb so stark gestiegen sei, weil die privaten Leistungen sich nahezu verdoppelten (von 594 Mill. \$ auf 1,040 Mrd. \$). Der Anstieg der staatlichen Hilfe sei demgegenüber mit 10 % recht bescheiden ausgefallen. Von dieser Feststellung ist es nur ein kleiner Schritt bis zu Spekulationen über die vermeintlichen Ursachen und schwerwiegenden Konsequenzen dieser Entwicklung.

Als Ursache des starken Anstiegs der privaten Tätigkeit gilt der eben überwundene konjunkturelle Rückschlag. Die Rezession, so glaubt man, hat die deutschen Unternehmer offensichtlich gezwungen, sich stärker als je zuvor um neue Märkte zu bemühen. Der neue Aufschwung wird diese Bewegung aber wieder stoppen. Denn die Unternehmer werden sich bei besseren Gewinnchancen wieder stärker dem „sicheren“ Binnenmarkt zuwenden. Die Entwicklungshilfe muß dann zwangsläufig wieder sinken.

Am deutlichsten kommen Befürchtungen dieser Art im Bericht des DAC-Prüfungsgremiums zum Ausdruck, das deshalb eine nachhaltige Erhöhung der öffentlichen Leistungen für dringend notwendig hält. In dieser Forderung kommt nicht allein die Sorge um die Sicherung des weiteren Kapitalzuflusses an Entwicklungsländer zum Ausdruck, sondern zugleich der offensichtlich weitverbreitete und tief verwurzelte Glaube an die größere Wirksamkeit öffentlicher Hilfsleistungen. Private Maßnahmen sind angeblich unsicher; die nicht gerade zinsgünstigen Kredite gelten als Hauptursache der hohen Verschuldung der Entwicklungsländer. Und schließlich tun einige Entwicklungsländer seit Jahren alles, um die gerade in jüngster Zeit an Bedeutung gewinnenden Privatinvestitionen mit Argumenten der Überfremdung und des Neokolonialismus in Mißkredit zu bringen.

Obwohl alle diese Ansichten einen richtigen Kern enthalten und zum Teil durch die Erfahrungen der Vergangenheit gestützt werden, wäre es dennoch ein gefährlicher Irrweg, wollte man deshalb die großen Aufgaben der Zukunft vor allem durch staatliche Hilfe lösen. Denn erstens sind die staatlichen Finanzierungsmittel auch bei weiterem Wachstum wegen des hohen inländischen Kapitalbedarfs immer nur sehr begrenzt beanspruchbar, und zweitens fehlt diesen Ausgaben der Anreiz, der allein eine echte Erhöhung ermöglichen würde. Eine Hilfe, die sich nur auf humanitäre Motive berufen darf – denn das Verfolgen politischer Zielsetzungen gilt als Sünde wider den Geist der Entwicklungshilfe –, muß früher oder später im Sande verlaufen.

Soll der Kapitalengpaß der Entwicklungsländer in Zukunft wirklich nachhaltig beseitigt werden, so kommt es daher vor allem darauf an, die private Hilfe zu steigern und zu verbessern. D. h. der private – nach schnödem Gewinn strebende – Unternehmer muß weit über das bisherige Ausmaß hinaus für diese Staaten interessiert werden. Das gilt zunächst für die Gewährung von Krediten im normalen Handelsverkehr. Denn schon sie geben die Möglichkeit, die Importkapazität kurzfristig auszuweiten und Projekte zu realisieren, die zu Devisenersparnissen oder zusätzlichen Deviseneinnahmen führen. Über die Konditionen dieser Kredite ist in der Vergangenheit vielfach geklagt und immer wieder ausführlich diskutiert worden. Aber das Problem ist nicht durch eine rigorose Zinssenkung zu lösen. Denn hier kollidieren die Interessen der privaten Schuldner mit der Kapitalmarktpolitik ihres eigenen Landes und den Kosten der Kreditaufbringung im Gläubigerland. Auch mit staatlicher Hilfe werden die entsprechenden Zinssätze daher allenfalls tendenziell gesenkt werden. Außerdem scheint es voreilig, die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer ausschließlich auf die Belastung durch Zinsen aus privaten Krediten zurückzuführen. Denn ursächlich für diese prekäre Lage ist einmal die hohe Belastung durch alle rückzahlbaren Hilfsleistungen – einschließlich der staatlichen (bilateralen und multilateralen) Kredite – und zum andern die ungünstige Entwicklung der Einnahmen. Eine Erhöhung der privaten Kreditgewährung kann daher nur wirklich effizient sein, wenn sie zugleich mit einer konsequenten staatlichen Politik zur Steigerung der Exporteinnahmen gekoppelt wird.

Staatliche Maßnahmen zur Rationalisierung und Diversifizierung der Produktion in Entwicklungsländern sind daher ebenso dringend erforderlich wie kurzfristige Preisgarantien, Präferenzabkommen und nicht-preisliche Absatzhilfen. Die zur Zeit wohl wirkungsvollste Möglichkeit einer Verbesserung der Handelsposition auf diese Weise und zur Schaffung von Beschäftigung und Einkommen bildet eine Forcierung der privaten Direktinvestitionen. Bisher beschränkt sich das deutsche Engagement in Entwicklungsländern jedoch auf die Einzelaktionen einiger „dynamischer“ Unternehmer. Um die Investitionen zu erhöhen, hat die Bundesregierung in der Vergangenheit bereits zahlreiche Förderungsmaßnahmen konzipiert, die sich allerdings bisher nur als begrenzt wirksam erwiesen haben. Offensichtlich müssen stärkere Geschütze aufgefahren werden, um einen Investitionsstrom in die Entwicklungsländer in Gang zu setzen. Die Bundesrepublik hat heute die Chance, durch entsprechende Ausgestaltung zusätzlicher staatlicher Maßnahmen die Fehler zu vermeiden, die etwa die USA in der Vergangenheit gemacht haben. Sie kann ihre Position in der Entwicklungspolitik weiter verbessern – durch eine Steigerung der privaten Leistungen.

Dietrich Kobschull